



Damit unser Trier I(i)ebenswert bleibt!

Wahlprogramm der AfD Trier für die Kommunalwahl am 26.Mai 2019

Präambel

Im Jahr 2014 ist die Alternative für Deutschland zum ersten Mal in den Trierer Stadtrat eingezogen. Mit großem Engagement hat sich ihre Fraktion dort für die Interessen der Bürger eingesetzt und eine ideologiefreie, pragmatische und am Wohl der Stadt ausgerichtete Politik verfolgt. Mehr als 200 Anfragen halfen dabei, Klarheit in undurchsichtige Prozesse zu bringen. In über 30 Anträgen wurden eigene kommunalpolitische Akzente gesetzt, die sich von den Vorstellungen der anderen Parteien sehr deutlich unterschieden. Regelmäßige Beiträge in der Rathauszeitung dienten dazu, die Trierer über die Aktivitäten der Fraktion auf dem Laufenden zu halten. Und vielleicht war die AfD tatsächlich die „einzige echte Opposition im Stadtrat“, wie es ein Bürger in einem Schreiben formulierte.

Bei all dem stand immer das Wohl unserer Stadt und ihrer Menschen im Vordergrund. Auch in Zukunft wird dies der Maßstab unserer Arbeit sein. Nicht Parteiengeklüngel und Ideologie, sondern offener Diskurs und Vernunft sind die Prinzipien, an denen wir uns orientieren. Denkverbote oder Hinterzimmerpolitik lehnen wir daher ab. Stattdessen stehen wir für „Mut zur Wahrheit“ und eine realistische Politik mit gesundem Menschenverstand. Insbesondere lehnen wir eine Verlagerung von Problemen und Lasten auf die nachfolgenden Generationen ab. Ein sparsamer Umgang mit den knappen Ressourcen einer hochverschuldeten Stadt hat deshalb oberster Priorität für uns.

Auch in der kommenden Legislaturperiode braucht Trier eine starke kritische Kraft, die die Interessen der Bürger vertritt. Roter und schwarz-grüner Filz haben viele Probleme geschaffen, die es anzupacken gilt. Um sie zu lösen, ist ein grundlegender Politikwechsel nötig. Dafür wollen und werden wir uns als Alternative für Deutschland einsetzen.

In diesem Sinne bitten wir Sie um Ihre Stimme bei der anstehenden Kommunalwahl am 26.Mai 2019.

Damit Trier lebens- und liebenswerte Heimat bleibt!

1. Bürger vor Gewalt und Kriminalität schützen – Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste stärken

Auch in Trier hat sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren verschärft. Immer wieder wird über Einbrüche, Raub, Prügelattacken oder sonstige Übergriffe auf Passanten berichtet. Gerade in den letzten Monaten häuften sich die Überfälle in der Innenstadt, so dass selbst der „Volksfreund“ im November 2018 titelte: „Es gibt massive Gewalt auf Trierer Straßen“. Aus Angst trauen sich viele Menschen abends oder nachts nicht mehr allein auf die Straße. Insbesondere Frauen sind verunsichert, aber auch Eltern sorgen sich um ihre Kinder, die in der Stadt unterwegs sind. Das kann und darf nicht sein. Kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgern jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Für dieses Ziel wird sich die AfD Trier in besonderer Weise einsetzen.

Dabei treten wir für eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und effektiver Strafverfolgung auf der einen Seite und der Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte auf der anderen Seite ein. Straftaten jeglicher Art sind konsequent zu verfolgen; falsch verstandene Toleranz nützt den Tätern, nicht den Opfern. Insbesondere bei Delikten gegen die körperliche Unversehrtheit ist hartes und konsequentes Durchgreifen geboten. Maßnahmen gegen Kriminalität und Gewalt sind wichtiger als das Sanktionieren von Falschparken oder geringfügigen Geschwindigkeitsüberschreitungen.

Wir fordern daher:

- Entwicklung eines Konzepts zur Eindämmung und Verhinderung von Kriminalität, zur konsequenten Umsetzung des Rechts und der Verfolgung von Straftaten sowie zum Schutz unserer Bürger
- stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum („Schutzmann vor Ort“), vor allem an besonders gefährlichen Orten (z.B. Palastgarten, Bahnhofsbereich, Alleenring, Nells Park)
- Einstellung zusätzlicher Polizeibeamte durch das Land
- engere Zusammenarbeit von Kommune (Ordnungsamt/Kommunaler Vollzugsdienst) und Polizei
- zügige Ausweisung straffälliger Migranten bzw. Ausländer durch das Ausländeramt
- bessere Besoldung unserer Berufsfeuerwehr

2. Investitionsstau bei städtischen Wohnungen, Straßen, Brücken und Sporthallen beseitigen

Bei den Investitionen ist aus Gründen der Haushaltskosmetik in der Vergangenheit vieles unterblieben, was notwendig gewesen wäre. Denn unterlassene Investitionen sind nichts anderes als versteckte Schulden. Hier wurden falsche Prioritäten gesetzt und dadurch der Stadt und ihren Bürgern schwerer Schaden zugefügt.

Im Blick auf die städtischen Wohnungen hat erst die Migrationswelle der letzten Jahre und die Sorge um den sozialen Frieden zu diesem Umdenken geführt. Die zum Teil menschenunwürdige Unterbringung unserer eigenen Bürger war dagegen lange Zeit nicht Grund genug, hier Abhilfe zu schaffen – in jeder Hinsicht ein Armutszeugnis für unsere Stadt! Dass jetzt mit der Sanierung

begonnen wird, begrüßen wir sehr. Auch darüber hinaus sehen wir dringenden Investitionsbedarf, um die Zukunft Triers nachhaltig zu sichern.

Wir fordern daher:

- Probleme lösen, nicht in die Zukunft verschieben
- keine weitere Haushaltssanierung durch das Hinauszögern dringend notwendiger Investitionen
- städtische Wohnungen vollständig renovieren
- marode Straßen, Brücken und Sporthallen Zug um Zug sanieren, dabei Baustellendauer verringern (3-Schicht-Modell)
- Neubau der Wolfsberghalle zeitnah ausführen

3. Verkehrspolitik bürgerfreundlich gestalten: Infrastruktur ausbauen, ÖPNV bezahlbar machen, Dieselfahrverbote verhindern

Eine ideologiefreie und bürgerfreundliche Verkehrspolitik muss den vernünftigen Ausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern suchen. Dazu gehört ein bezahlbarer und ausreichend getakteter Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV), dazu gehören Fußgänger und Radfahrer, dazu gehört aber ebenso der Individualverkehr. Auch die Interessen derjenigen, die mit dem PKW fahren wollen oder müssen, sind angemessen zu berücksichtigen. Einseitiger grüner Fahrradlobbyismus ist daher mit uns nicht zu machen. Wir brauchen einen passgenauen Ausbau von Straßen und ein ausreichendes Angebot an Parkraum in den Städten. Und wir brauchen keine durch irrationale Grenzwerte und falsche Messverfahren erzwungenen Dieselfahrverbote, die die Bürger enteignen und der Umwelt letztlich nichts bringen.

Parkraumproblemen ist nicht mit verstärkter Überwachung oder höheren Strafen für Falschparker zu begegnen, sondern mit der Schaffung neuer Parkplätze und dem Angebot sinnvoller Alternativen wie einem gut ausgebauten P+R-System und einem attraktiven ÖPNV. Hierzu gehört auch eine Senkung der im Vergleich zu anderen Städten viel zu hohen Buspreise.

Die geplante neue Westtrasse der Bahn darf die bereits jetzt lärmgeplagten Bürger der westlichen Stadtteile nicht weiter belasten. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn und der Landesregierung ist dafür Sorge zu tragen, dass hier und anderswo die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner geschaffen werden.

Wir fordern daher:

- Abbau von Parkplätzen insbesondere in der Innenstadt stoppen
- kostenlose Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt oder im innenstadtnahen Bereich schaffen, z.B. am Viehmarktplatz während des Wochenmarktes
- kein weiterer Rückbau von Fahrspuren zugunsten von Radwegen
- Park&Ride-Angebote ausbauen
- Fußgänger besser vor Fahrradrowdys schützen
- Ampelschaltungen optimieren, Ampeln nachts ausschalten
- verstärkte Verwendung des „grünen Pfeils“ prüfen
- Busspuren für Taxis freigeben

- Römerbrücke für den Straßenverkehr erhalten – keine Umwidmung zur reinen Fußgängerbrücke
- ÖPNV preisgünstiger und attraktiver machen, z.B. durch Einführung vergünstigter Tickets in verkehrsschwachen Zeiten
- SWT-Busflotte auf umweltschonenden Antrieb umstellen
- Dieselfahrverbote für den Individualverkehr verhindern
- keine neuen Baugebiete ausweisen ohne zuvor (!) ausreichende Verkehrslösungen zu schaffen
- Schutz der Anwohner vor Bahnlärm im Bereich der Ost- und Westtrasse

4. Städtischen Haushalt nachhaltig finanzieren, Schulden abbauen, Belastung künftiger Generationen verringern

Die Stadt Trier gehört zu den zehn meist verschuldeten Kommunen Deutschlands. Auch mit dem neuen Doppelhaushalt 2019/2020 wird sich der Schuldenberg unserer Stadt weiter erhöhen. Trotz gestiegener Einnahmen und höherer Zuweisungen vom Land ist von einem Fehlbetrag von fast 50 Millionen Euro auszugehen. Das Kreditvolumen wird um weitere 100 Millionen auf dann 975 Millionen anwachsen und das Eigenkapital einen neuen Negativrekord von minus 112 Millionen erreichen. Und das alles in einer Zeit sprudelnder Steuereinnahmen, niedrigster Zinsen und einer außerordentlich guten Konjunktur.

An eine Rückzahlung unserer Schulden ist nicht einmal ansatzweise zu denken. Spätestens dann, wenn sich die Rahmenbedingungen verschlechtern, werden wir vor unlösbaren Problemen stehen. Fakt ist: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und wir tun es immer noch und das ist verantwortungslos gegenüber den kommenden Generationen.

Hauptursache dafür sind die unaufhaltsam steigenden Sozialausgaben. Hier zeigen sich nicht zuletzt die Folgen einer über Jahrzehnte verfehlten Familien- und Bildungspolitik. Gleichzeitig verweigert sich das Land einer auskömmlichen Finanzierung der den Kommunen im Sozialbereich übertragenen Aufgaben. Die von der Landesregierung gefeierte „schwarze Null“ im Landeshaushalt wurde im Wesentlichen auf Kosten der hoch verschuldeten Städte und Gemeinden erreicht.

Ein weiterer Kostentreiber ist der Personalbereich. In den letzten 9 Jahren hat sich der Personalbestand der Stadt um fast 40% erhöht, bis 2020 kommen erneut 130 Planstellen hinzu. Wenn es nach dem Willen von SPD und Grünen gegangen wäre, dann hätten wir im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen weitere Stellen für Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Fußbeauftragte (!) und die Inklusion beschlossen. Wir lehnen solche nicht finanzierbaren Maßnahmen ebenso ab wie die Tendenz, auslaufende Bundes- oder Landesprojekte mit kommunalen Mitteln zu verstetigen.

Mit dem Steuergeld unserer Bürger muss sparsam und effizient umgegangen werden. Unsinnige Ausgaben sind zu vermeiden, Prioritäten richtig zu setzen. Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau dürfen nicht durch Abgaben- und Steuererhöhungen finanziert werden, sondern sind durch verantwortungsvolles Haushalten und über Einsparungen zu erreichen.

In diesem Sinne fordern wir:

- Einhaltung des „Konnexitätsprinzips“: wenn Land und Bund den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie auch die dafür benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung stellen

- Erhöhung der Landesmittel dem Zuwachs an Aufgaben und Kosten anpassen
- solide und verantwortungsbewusst haushalten, unnötige Ausgaben vermeiden
- Probleme nicht in die Zukunft verschieben, stattdessen Schulden kontinuierlich verringern
- Schuldenabbauprogramm nach dem Vorbild der „Hessenkasse“ durch das Land auflegen
- weiteren Stellenzuwachs bei der Stadtverwaltung beenden
- Personaleinsparungen durch strukturelle Veränderungen ohne Qualitätseinbußen bei den Leistungen oder zusätzliche Belastungen der Mitarbeiter realisieren
- offene Stellen nach Möglichkeit intern besetzen, gegebenenfalls in Verbindung mit entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen
- Ausgaben für Asyl und Integration senken
- keine Theatersanierung für nahezu 70 Millionen – laufende Theater-Kosten nachhaltig reduzieren
- „Exhaus“ neu organisieren, in Zukunft wirtschaftlich führen und dadurch Kosten spürbar senken

5. Steuern und Abgaben nicht weiter erhöhen – Straßenausbaubeiträge abschaffen – Wirtschaft und Tourismus stärken

Die Stadt Trier hat kein Einnahmeproblem, sie hat ein Ausgabenproblem. Denn die Einnahmen sind in den letzten Jahren in erheblichem Umfang gestiegen. So ist das Gewerbesteueraufkommen seit 2013 um 23% gewachsen, bei der Grundsteuer gab es in diesem Zeitraum ein Plus von 12%, auch die Vergnügungssteuer wurde 2017 erhöht. Mit den im Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehenen Anpassungen steigen die Erträge aus Steuern und Abgaben seit 2013 um sage und schreibe 36%. Die Lohn- und Gehaltsentwicklung bei den Steuerzahlern hält damit nicht annähernd Schritt. Wir lehnen daher weitere Steuererhöhungen kategorisch ab. Es kann nicht sein, dass die Politik die Bürger von Jahr zu Jahr immer stärker zur Kasse bittet, anstatt ihre Hausaufgaben zu machen. Hinzu kommt, dass die Anhebung der Realsteuern die Unternehmen belastet, dadurch die Standortbedingungen verschlechtert und so unter Umständen sogar kontraproduktiv wirkt. Und mit der Erhöhung der Grundsteuer B werden unweigerlich die Mieten weiter steigen, was alle Bemühungen um die Schaffung preiswerten Wohnraums konterkariert.

Unsere Bürger leisten bereits jetzt einen außerordentlich hohen Beitrag für das Funktionieren unseres Gemeinwesens: Deutschland hat die zweithöchste Steuer- und Abgabenquoten in Europa. Wir wollen die Steuerzahler daher nicht immer weiter schröpfen, sondern sie nach Möglichkeit entlasten. In diesem Sinne hat sich die AfD im Landtag als erste Fraktion für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingesetzt. Und wir wollen die Wirtschaft stärken, um so für Mehreinnahmen zu sorgen, ohne dass den Bürger zusätzliche Lasten aufgebürdet werden.

Wir fordern daher:

- angemessene Finanzausstattung durch das Land, die den Verzicht auf stetige Steuer- und Abgabeerhöhungen ermöglicht und so die Attraktivität der Stadt für Gewerbe und Privatpersonen steigert
- Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, vollständige Übernahme der Kosten durch das Land
- Ausweisung neuer Gewerbeflächen, gegebenenfalls in Kooperation mit den Nachbargemeinden

- aktive Unternehmens-Ansiedlungspolitik, Unterstützung von Unternehmensgründungen
- Globusmarkt im Gewerbegebiet Trier-Euren genehmigen
- Stärkung des Berufsschulstandortes Trier
- attraktive Rahmenbedingungen für Hochschulen, Forschungs- und Gesundheitseinrichtungen schaffen
- Oberzentrum Trier als Wissenschaftsstandort sichern und ausbauen
- intensive Förderung des Tourismus und der Tourismus-Wirtschaft

6. Betreuungsqualität in KiTas verbessern – Familien entlasten - ehrenamtliches Engagement fördern – Jugend- und Seniorenarbeit unterstützen

Die Wahlfreiheit ist für uns oberstes Prinzip der Familienpolitik. Daher wollen wir die familiäre Erziehung stärken und Familien die Möglichkeit geben, sich insbesondere in den ersten Lebensjahren selbst um ihre Kleinsten zu kümmern. Um die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, hat die AfD im Landtag den Antrag auf ein Landeserziehungsgeld eingebracht.

Gleichzeitig muss es für die Kinder, die in öffentlichen Einrichtungen betreut werden, ein qualitativ hochwertiges Angebot geben. Die Landesregierung setzt hier den Fokus eher auf Quantität als auf Qualität. In den vergangenen Jahren sind so immer mehr KiTa-Plätze mit immer längeren Betreuungszeiten entstanden, Personal- und Raumkapazität haben hier nicht Schritt gehalten. Für uns dagegen sind ein höherer Personalschlüssel, kleinere Gruppen und mehr Zeitressourcen für Leitungsaufgaben wichtiger als noch mehr unzureichende Strukturen.

Auch Tagesmütter und Elterninitiativen als Alternativen zu Kindertagesstätten sollten gefördert werden. Die bewährte Zusammenarbeit mit freien Trägern zur Unterstützung unserer Familien wollen wir fortsetzen und gegebenenfalls ausbauen.

Ehrenamtliches Engagement muss weiterhin und verstärkt gefördert werden. Es ist ein Markenkern rheinland-pfälzischer Kultur. Auch in Trier würde ohne die zahllosen in Vereinen, Kirchengemeinden oder anderen Gruppen ehrenamtlich engagierten Bürger vieles zusammenbrechen. Wenn wir dieses Engagement fördern, sichern wir nicht nur den Fortbestand der hier erbrachten Beiträge für unser Gemeinwesen, sondern sparen auch erhebliche Kosten ein.

Wir fordern daher:

- Landeserziehungsgeld als Ermöglichung echter Wahlfreiheit für Familien
- höherer Personalschlüssel und kleinere Gruppen in den KiTas, vor allem im U3-Bereich
- auskömmliche Finanzierung der KiTas durch das Land im neuen KiTa-Zukunftsgesetz
- Begrenzung der Betreuungszeiten im Sinne des Kindeswohls - keine 24-Stunden KiTas in Trier
- „digitale Bildung“ in Kindergärten und KiTas stoppen: Kinder sollen spielen und toben
- familienfreundliche Eintrittspreise in Freibädern und anderen städtischen Einrichtungen - auch für Familien mit älteren Kindern
- junge Familien bei der Vergabe städtischen Baulands bevorzugen
- familien- und kinderfreundliche Infrastruktur in Neubaugebieten
- vorhandene Spielplätze bedarfsgerecht erhalten
- ehrenamtliche Seniorenarbeit stärker wertschätzen und subsidiär unterstützen - mehr Räume und Geld für das Seniorenbüro

- generationsübergreifende Wohnprojekte fördern
- stärkere Förderung der freien Jugendarbeit: Initiativen von Kirchengemeinden oder anderen Gruppen unterstützen
- Bau von Kunstrasenplätzen in Heiligkreuz, Olewig, Pfalzel und Euren

7. Schulgebäude sanieren – Schulen besser ausstatten - Schülerbeförderung kostenfrei machen

Die Stadt Trier hat die Verpflichtung, verlässliche und solide Rahmenbedingung für den Betrieb der öffentlichen Schulen zu schaffen. Dabei müssen ein guter Zustand der Gebäude und eine dem Lernen förderliche Ausstattung Priorität vor der Ganztagsbetreuung haben. Eine vorrangige Investition der knappen Finanzmittel in Ganztagschulen lehnen wir ab, solange die grundlegenden Voraussetzungen für vernünftigen Unterricht nicht gegeben sind. Ganztagsschulangebote müssen zudem freiwillig sein, denn auch außerschulische Aktivitäten und Freiräume sind von herausragender Bedeutung für eine gute Entwicklung unserer Kinder.

Während das Land die Kosten der Schülerbeförderung bei unzumutbarem Schulweg bis einschließlich Klasse 10 übernimmt, haben Familien unabhängig von der Höhe des Aufwands und der Anzahl der Kinder in der Sekundarstufe II diese Kosten allein zu tragen. Nur wer eine seit 2009 nicht mehr erhöhte (!) Einkommensgrenze unterschreitet, die kaum über den Hartz-IV Regelsätzen liegt, bekommt die Ausgaben zum Teil erstattet. Es ist daher kein Zufall, dass in Trier gerade mal 300 Kinder in der Oberstufe unter diese Regelung fallen, während es in der Sekundarstufe I fast 5000 kostenlose Schülerfahrkarten gibt. Doch selbst dann ist eine Eigenbeteiligung fällig, die im vergangenen Jahr vom Stadtrat drastisch erhöht wurde. Für uns ist das ein unhaltbarer Zustand: Der Weg zu Schule sollte für alle kostenfrei sein, soweit er nicht zu Fuß bewältigt werden kann.

Kleine wohnortnahe Grundschulen sind gut für unsere Kinder. Deshalb müssen auch in Trier die bestehenden Grundschulen erhalten werden. Tablets und Computer brauchen wir hier nicht: Rechnen, Lesen, Schreiben und Spielen sollen in den ersten Jahren im Vordergrund stehen. Dagegen sind die Klassen- und Fachräume an den weiterführenden Schulen, insbesondere an den Gymnasien und den Berufsbildenden Schulen, endlich zeitgemäß auszustatten. Auch der bauliche Zustand vieler Schulen ist schlecht. Um die Lernbedingungen für unsere Kinder zu verbessern, braucht es hier ein klares Konzept für zukunftsweisende Investitionen.

Wir fordern daher:

- baulichen Zustand der Schulen verbessern
- bessere Ausstattung von Klassen- und Fachräumen
- schnelles Internet für weiterführende Schulen
- keine Auslagerung staatlicher Verpflichtungen auf steuerzahlende Eltern (z.B. Renovierungsarbeiten in Unterrichtsräumen)
- keine Tablets und Computer in unseren Grundschulen
- kostenlose Schülerbeförderung bei unzumutbarem Schulweg auch in der Oberstufe – finanziert vom Land
- sofern das nicht realisierbar ist: Eigenbeteiligung für Familien senken, Einkommensgrenzen regelmäßig anpassen
- wohnortnahe, auch kleine Grundschulen erhalten („kurze Beine, kurze Wege“)

- vielfältiges, differenziertes Bildungssystem statt Einheitsschule für alle
- schulische Inklusion mit Augenmaß betreiben – Förderschulen erhalten
- Defibrillatoren für alle Trierer Schulen und Sporthallen anschaffen

8. Verwaltung vor Ort bürgernah organisieren

Die Kommune ist der Ort, an dem Bürger unmittelbar dem Staat begegnen. Deshalb ist es nicht nur für eine effektive Verwaltung, sondern auch für die Zufriedenheit der Menschen mit der Politik wichtig, hier bürgernahe und funktionale Strukturen anzubieten.

In diesem Sinne fordern wir:

- Kundenorientierte und leistungsstarke Verwaltung
- Vereinfachung von Verwaltungswegen
- direkte Erreichbarkeit von Fachämtern sicherstellen
- bürgerfreundliche Öffnungszeiten aller Ämter
- kürzere Bearbeitungszeiten
- Abbau unnötiger Bürokratie
- Online-Service für Bürger ausbauen, Digitalisierung vorantreiben
- Subsidiaritätsprinzip beachten: Entscheidungsspielräume vor Ort wahren anstatt immer mehr Kompetenzen an übergeordnete Instanzen übertragen (Land, Bund, EU)

9. Bezahlbaren Wohnraum schaffen, Flächenverbrauch reduzieren, Natur schützen

Auch in Rheinland-Pfalz erleben wir einen verstärkten Zustrom in die Städte. Trier versteht sich als sogenannte Schwarmstadt und soll nach dem Willen der Stadtratsmehrheit weiter wachsen. Gleichzeitig bluten ländliche Regionen aus. Als Heimatpartei wollen wir dieser Entwicklung entgegenwirken, denn sie bedeutet einen Verlust von Identität und Kultur. Während die Lebensqualität in den Ballungszentren durch immer mehr Bebauung und zunehmenden Verkehr sinkt und die Mietpreise kontinuierlich steigen, stehe auf dem Land viele Wohnungen leer. Wer die Wohnungsnot in den Städten bekämpfen will, muss also zuallererst den ländlichen Raum stärken und die Landflucht verhindern.

Wir als AfD möchten keine Quantität zu Lasten der Qualität. Wachstum um jeden Preis halten wir daher für falsch. Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, brauchen wir stärkere Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau und eine behutsame Nachverdichtung der vorhandenen Bebauung. Die Ausweisung neuer Baugebiete am Stadtrand lehnen wir ab. Damit ist nicht nur eine Zerstörung gewachsener Natur- und Kulturlandschaften verbunden, sondern auch eine gravierende Belastung unserer Bürger durch noch mehr Verkehr und schlechtere Luft. Um die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt zu erhalten und zu verbessern, setzen wir uns für einen ideologiefreien Umweltschutz ein, der die Interessen von Mensch und Natur in einen angemessenen Ausgleich bringt.

In diesem Sinne fordern wir:

- Infrastruktur auf dem Land stärken, Landflucht und Zuzug in die Städte reduzieren
- sozialen Wohnungsbau intensivieren und fördern - private Investoren einbinden
- Baukosten senken: Barrierefreiheit und Energiestandards mit Augenmaß umsetzen

- behutsame Innenverdichtung unter Beachtung städtebaulicher und ökologischer Standards und ohne unzumutbare Verkehrsbelastung für die Anwohner
- Flächenverbrauch so gering wie möglich halten, zunehmende Bodenversiegelung stoppen
- keine Zerstörung wertvoller Naherholungs- und Naturflächen durch weitere Neubaugebiete am Stadtrand
- Neubaugebiet Brubach stoppen!
- kontinuierlichen Baumverlust im Stadtbereich beenden - Stadtklima durch Anpflanzung neuer Bäume verbessern

10. Heimat und Tradition bewahren – Kultur fördern

Wir Trierer können stolz auf unsere Heimat sein. Hier verbinden sich jahrtausendealte Kultur und moselländische Lebensart in einer unvergleichlichen Weise. Nicht nur die Römer und das Christentum haben mit ihren Bauwerken das Stadtbild geprägt, sondern nahezu alle Epochen haben ihre Spuren in Trier hinterlassen. Jeder Stadtteil hat seine liebenswerten Eigenheiten und Traditionen. Diese Kultur zu bewahren und für die Zukunft fruchtbar zu machen, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht.

Als Oberzentrum und Kulturstadt braucht Trier ein qualitativ hochwertiges und möglichst breit gefächertes Kulturangebot. Feste Institutionen wie das Theater, die Museen, Bibliotheken oder ähnliche Einrichtungen mit Bildungsauftrag sind als „kulturelle Grundversorgung“ ebenso zu fördern wie freie Initiativen oder projektbezogene kulturelle Attraktionen. Angesichts der katastrophalen Haushaltslage sind die Kosten hierfür unbedingt in einem angemessenen Rahmen zu halten. Um die Akzeptanz des Theaters in der Bevölkerung langfristig zu sichern, müssen auch über eine Spartenreduzierung deutliche Einsparungen erreicht werden. Die geplante Theatersanierung für nahezu 70 Millionen Euro lehnen wir ab.

In den Stadtteilen ist darauf hinzuwirken, dass eine wohnortnahe Versorgung mit allen Dingen des täglichen Bedarfs sichergestellt ist. Gerade im Hinblick auf das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung sollten schon jetzt geeignete Infrastrukturmaßnahmen ergriffen werden, damit in Zukunft auch in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen alles Nötige in der näheren Umgebung finden. Generell ist auf Erhalt und Ausbau der Stadtteilmittelpunkte hinzuwirken.

Wir fordern daher:

- Denkmäler und Kulturgüter sanieren und erhalten
- Trierer Traditionen pflegen und bewahren
- Attraktivität des Weißhauswaldes steigern (Waldstadion, Rosengarten, Maria-Hilf-Kapelle, Himmelsleiter etc.)
- Ortsteile und Ortsbeiräte erhalten, Ortsteilarbeit unterstützen
- Einrichtung von Bürgerhäusern als Orten des Austausches und der Begegnung fördern
- Zukunft des Theaters nachhaltig sichern: Strukturen verschlanken, Einnahmen durch publikumsorientiertes Angebot erhöhen, Kosten dauerhaft senken
- ermäßigte Theater-Eintrittskarten für Stadträte abschaffen
- auch andere Formen der Theaterkultur wie Theatervereine in den Ortsteilen fördern
- keine Sprachzerstörung durch Gender-Stern in Rathauszeitung und amtlichen Dokumenten

11. Nicht bleibeberechtigte Asylbewerber konsequent zurückführen – Alter „minderjähriger Flüchtlinge“ medizinisch kontrollieren - Haushaltsbelastungen dadurch reduzieren

Die unregelte Massenzuwanderung der Jahre 2015 und 2016 hat auch für die Stadt Trier erhebliche Belastungen mit sich gebracht, deren Folgen bis heute andauern. Nur ein Teil der zu uns gekommenen Menschen kann sich dabei auf politisches Asyl oder den Status als Kriegsflüchtling berufen. Diesen Menschen wollen wir solange Schutz und Sicherheit gewähren, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Abgelehnte Asylbewerber sind dagegen zügig in ihr Herkunftsland zurückzuführen - nicht zuletzt auch deshalb, um die Haushaltsbelastungen für die Stadt zu senken.

Kommunale Integrationsmaßnahmen haben sich dementsprechend strikt an der jeweiligen Bleibeperspektive auszurichten. Nicht Bleibeberechtigte zu integrieren, ist weder aus sozialen noch aus politischen und ökonomischen Gründen sinnvoll. Die, die längerfristig bei uns bleiben, wollen wir bei der Integration unterstützen und ihnen so zu einem eigenständigen Leben verhelfen. Im Gegenzug dazu erwarten wir von ihnen Integrationsleistungen wie etwa das Erlernen der deutschen Sprache und Respekt vor unserem Rechtssystem und unseren kulturellen Traditionen.

Das Entstehen von Parallelgesellschaften lehnen wir ab. Insbesondere sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine Überforderung einzelner Wohngebiete oder eine schleichende Ghettoisierung von Stadtvierteln zu verhindern.

Im Hinblick auf die monatlichen (!) Kosten in Höhe von 5700 Euro für einen einzigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling halten wir eine konsequente medizinische Alterskontrolle bei dieser Personengruppe für unabdingbar.

In diesem Sinne fordern wir:

- Hilfe für tatsächlich Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge, aber keine Integrationsmaßnahmen für nicht Bleibeberechtigte und Ausreisepflichtige (z.B. Sprachkurse)
- konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber durch das kommunale Ausländeramt der Stadt
- keine Bevorzugung von Asylbewerbern oder Migranten bei der Vergabe von Wohnungen oder Sozialleistungen
- keine weitere Aufnahme von „Flüchtlingen“ über das vom Land zugewiesene Kontingent hinaus
- finanzielle Auswirkungen der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber evaluieren – Karte gegebenenfalls abschaffen
- verbindliche medizinische Alterskontrolle bei allen „unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ (UMA), die nicht eindeutig als Kinder oder Jugendliche einzustufen sind
- Leistungen nach Erreichen der Volljährigkeit nur noch in absoluten Ausnahmefällen
- UMA-Betreuungsstandards senken, dadurch Kosten einsparen
- kein Kommunalwahlrecht für in Trier lebende Nicht-EU-Ausländer

12. Direkte Mitbestimmung der Bürger auf kommunaler Ebene stärken – Bauleitplanung für Bürgerentscheide öffnen – demokratiefeindliche Tendenzen bekämpfen

Wir wollen Politik gemeinsam mit den Menschen gestalten. Dazu bedarf es einer verstärkten Mitbestimmung der Bürger gerade auf kommunaler Ebene. Diese Mitbestimmung darf sich nicht darauf beschränken, die Menschen anzuhören, sondern muss ihnen gegebenenfalls die letzte Entscheidung in wichtigen Fragen der Kommunalpolitik überlassen. Das gilt auch für die Aufstellung von Bauleitplänen, die wir durch eine Änderung der Gemeindeordnung auf Landesebene einem Bürgerentscheid zugänglich machen wollen. Grundsätzlich treten wir für eine Ausweitung und Erleichterung von Bürgerbegehren und direkter Demokratie auf kommunaler Ebene ein. Dadurch soll die repräsentative Demokratie keineswegs ersetzt, sondern sinnvoll ergänzt und der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.

Wir stehen für einen konsequenten Antitotalitarismus. Alle Formen des Extremismus und verfassungswidriger Aktivitäten sind entschieden zu bekämpfen. Das gilt für Links- und Rechtsextremismus ebenso wie für extremistische Bestrebungen aus religiösen Motiven. Folgerichtig darf es auch im „Kampf gegen Rechts“ keine Kooperation mit linksextremen Gruppierungen und Personen geben. Die Förderung parteipolitischer Agitation durch zivilgesellschaftliche Gruppen wollen wir beenden, weil sie gegen das staatliche Neutralitätsgebot und die Chancengleichheit der Parteien verstößt.

Daher fordern wir:

- nicht nur Anhörung und Stellungnahmen der Bürger, sondern echte Mitbestimmung
- Bürgerentscheid über die geplante Theatersanierung
- mehr Bürgerentscheide in wichtigen kommunalpolitischen Fragen
- Öffnung der Bauleitplanung für Bürgerentscheide durch Änderung der Gemeindeordnung
- Kompetenz der Ortsbeiräte stärken
- keine Steuergelder für politisch motivierte Propaganda gegen demokratische Parteien oder gegen Deutschland (z.B. Buntes Trier, multikulturelles Zentrum)
- keine Steuergelder für Gruppen, die mit Links- oder Rechtsextremen kooperieren
- nicht nur „Kampf gegen Rechts“, sondern gegen jede Form des Extremismus und Totalitarismus

Alternativlos war gestern.

Diesmal AfD wählen!